

Die Grenzen liberaler Intervention: intermediäre Herrschaft in der Demokratischen Republik Kongo¹

Alex Veit

ABSTRACT¹

International interventions, whose aim is the fostering of peace and state building in conflict zones, are guided by ideas of a liberal police governmentality. However, in order to pursue their peace building and state building agendas on the ground, intervening actors depend upon the collaboration with local institutions. When such intermediaries of transnational rule do not share the agenda of liberal interventionism, intervening actors are confronted with the "paradox of intermediary rule". By offering an analysis of the reform of the Congolese army in the district Ituri (Democratic Republic of Congo), this article demonstrates that the joint Peace Enforcement by international actors and the local army did not lead to the emergence of a peaceful liberal order. Instead, because of the dependence of international actors form local institutions (and interests), the intervening forces became accomplices in the (re-)production of an overly illiberal order of violence, indicating how the implementation of an international liberal police governmentality encountered its limits in the paradoxical interactions between national and international actors.

Humanitäre militärische Interventionen der Vereinten Nationen sind mit der Etablierung liberaler Friedensordnungen in Bürgerkriegsgebieten beauftragt. Solchen Friedensmissionen liegt der Gedanke zugrunde, dass der im normativen Sinn wünschenswerte und im praktischen Sinn nachhaltige funktionale Friede „liberal“ sein muss.² Die Idee

1 Dieser Beitrag basiert auf mehreren mehrmonatigen Recherchen in der Demokratischen Republik Kongo zwischen 2005 und 2008. Eine ausführlichere Darstellung findet sich in A. Veit, *Intervention as Indirect Rule: Civil War and Statebuilding in the Democratic Republic of Congo*, Frankfurt am Main 2010. Ich möchte mich bei Berit Bliesemann de Guevara sowie den Teilnehmern des Workshops „Polizei und (post-)koloniales Regieren“ in Leipzig 2011 für ihre hilfreichen Kommentare zu früheren Versionen dieses Texts bedanken.

2 O. Richmond, *The Transformation of Peace. Rethinking Peace and Conflict Studies*, Basingstoke 2005.

des liberalen Friedens verknüpft ökonomische und politische Konzepte der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft als zentrale Mittel der Konfliktlösung und Rekonstruktion gesellschaftlicher Ordnung. Konflikte in nicht-westlichen, nicht-liberalen Gesellschaften sollen durch miteinander verknüpfte Maßnahmen gelöst oder zumindest transformiert werden. Die einzelnen Projekte reichen dabei von der humanitären Nothilfe zum neoklassischen Umbau ganzer Volkswirtschaften, von der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Neuordnung des Justizsystems, von der Abhaltung repräsentativer Wahlen bis zur Reform staatlicher Gewaltorganisationen. Solche Interventionsprojekte, wie sie seit Ende der 1980er Jahre in einer Reihe von Ländern durchgeführt worden sind, stellen zusammengenommen eine radikale Agenda der Transformation der politischen und sozialen Ordnungen in Bürgerkriegsgesellschaften dar.³

Zivile und militärische Mitarbeiter von UN-Friedensmissionen, Mitarbeiter von westlichen NGOs und Diplomaten, die in diesen Friedensprojekten aktiv sind, können als Trägergruppe⁴ einer liberalen Gouvernamentalität verstanden werden.⁵ Wiewohl es zwischen den einzelnen Organisationen und dem jeweiligen Habitus gewichtige Unterschiede gibt, verbindet diese „international community on the ground“ ihre Abgrenzung zur Interventionsgesellschaft, die als reformbedürftig erfahren wird.⁶ Der liberale Frieden, den Interventionsakteure etablieren wollen, erinnert an die Ordnungsvorstellungen, die auch der noch nicht funktional differenzierten Polizeiwissenschaft im 18. Jahrhundert zugrunde lag. Friedensmissionen sind Polizeien in dem Sinn, dass sie durch umfassende, transformierende Regulation, und nach Bedarf mit Zwangsmitteln, Sicherheit, Wohlfahrt und Prosperität in Gesellschaften herbeizuführen suchen.⁷

Doch auch im funktional differenzierteren Sinn des Begriffs sind Friedensmissionen polizeilich aktiv, indem eine ihrer zentralen Aufgaben die Wiederherstellung eines staatlichen Monopols legitimer Gewaltausübung ist. Physische Gewalt soll kein Mittel nicht-staatlicher Akteure mehr sein, sondern (wieder) der exklusive Anspruch des jeweiligen Staats werden. Die Praktiken der Interventen bewegen sich insofern oft am Übergang von militärischer zu polizeilicher Gewalt in dem Sinn, dass deviante Gruppen nicht besiegt, sondern zur Einsicht in die Vorteile der liberalen Ordnung gebracht werden sollen. Neben physischem Zwang mittels militärischer Waffen werden den bewaffneten nicht-staatlichen Gruppen auch Sozialprogramme angeboten, die als „Demobilisierung“ aus der Gewaltgruppe und gesellschaftliche „Reintegration“ verstanden werden.

Als Organisationen mit zeitlich begrenztem Projektcharakter sollen internationale Friedensmissionen sich selbst überflüssig machen, indem sie ihre Kompetenzen an einhei-

3 M. Duffield, *Global Governance and The New Wars. The Merging Of Development And Security*. London 2001, S. 11.

4 M. Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, München 2004.

5 M. Foucault, „Governmentality“, in: G. Burchill/C. Gordon (Hrsg.), *The Foucault Effect: Studies in Governmentality* Chicago, S. 87-104.

6 Veit, *Intervention*, S. 185-206.

7 M. D. Dubber/M. Valverde (Hrsg.) *The new police science: the police power in domestic and international governance. Critical perspectives on crime and law*. Stanford, 2006.

mische Institutionen übergeben. Im Bereich der Gewaltverregelung übergeben Blauhelm-Soldaten und UN-Polizisten diesen Monopolanspruch an nationale Armee- und Polizeikräfte. Die hierzu entwickelte Sozialtechnik gegenwärtiger Friedensmissionen firmiert unter dem Begriff Sicherheitssektor-Reform. Solche Reformprozesse beinhalten insbesondere die Reorganisation von einheimischer Polizei und Armee anhand westlicher Vorbilder.

In diesem Beitrag wird die begrenzte Wirksamkeit dieser Ideen in einer komplexen Gewaltordnung analysiert. Die Grenze der liberalen Polizeigouvernementalität, so die Argumentation, lag in der vorliegenden Fallstudie in den Beziehungen zwischen den Interventionsakteuren und ihren lokalen Partnern. Die Analyse fokussiert auf die Kooperation zwischen der UN-Friedensmission MONUC⁸ und der nationalen Armee FARDC⁹ im Distrikt Ituri im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo. Ich argumentiere, dass die internationalen Akteure zwar von einer liberalen Gouvernementalität angeleitet waren. Ihre Anstrengungen resultierten jedoch nicht in einer republikanischen Armee. Der Organisationscharakter der Armee, und entsprechend die tatsächliche Gestalt der entstehenden Gewaltordnung, hatte wenig Ähnlichkeit mit den ursprünglichen Zielen der internationalen Akteure. Obwohl sie die tristen Ergebnisse ihrer Arbeit selbst erkannten, sahen sie wenig andere Handlungsoptionen. Internationale Akteure fanden sich in einer Situation, die ich das „Paradox der intermediären Herrschaft“ nenne.

Dieses Paradox entsteht durch die Annahme, dass Interventionsziele nur erreicht werden können, wenn einheimische Akteure zustimmen und involviert sind. Internationale Interventen versuchen daher, strategischen Gruppen in ihr liberales Projekt einzubeziehen, in Ituri an zentraler Stelle die nationale Armee. Im aktuellen Idiom der Entwicklungsszene wird dieser Zugang als partizipativ charakterisiert, da lokale Akteure den Wandel mitgestalten können.¹⁰ Doch lassen sich solche Staatsbildungs-Prozesse auch mit der kolonialen Doktrin der intermediären oder indirekten Herrschaft interpretieren.¹¹ In der kolonialen Ära in Afrika und anderswo ermöglichte die Partizipation einheimischer Autoritäten als Intermediäre die imperiale Herrschaft zu stabilisieren. Indem lokale Herrscher Teil des Staatsapparats wurden, lieh sich letzterer lokale Legitimität. Im Gegenzug eröffneten sich lokalen Eliten durch die Rückendeckung des Kolonialstaats neue politische und ökonomische Möglichkeiten. Doch diese Intermediäre befanden sich in einer oszillierenden Position, da sie ständig die Kräfte aus ihrem lokalen Herrschaftsbereichs und den imperialen Ansprüchen ausbalancieren mussten.¹²

Für ihre vermeintlich mächtigeren äußeren Partner stellt sich der Umgang mit Intermediären als paradox dar, denn Intermediäre gleichen Spannungen aus, anstatt den

8 Mission de l'Organisation de Nations Unies en République Démocratique du Congo, seit 2010 Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la Stabilisation en RD Congo (MONUSCO).

9 Forces Armées de la République Démocratique du Congo.

10 D. Mosse/D. Lewis (Hrsg.), *The Aid Effect. Giving and Governing in International Development*. London 2005.

11 F. Lugard, *The Dual Mandate in British Tropical Africa*, Edinburgh 1922.

12 T. von Trotha, *Koloniale Herrschaft. Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des „Schutzgebietes Togo“*, Tübingen 1994, S. 219-234.

Vorstellungen einer Seite Folge zu leisten. Kooperation und Partnerschaft bleiben interessengeleitete Zweckbindungen, anstatt, wie es sowohl koloniale Mächte als auch gegenwärtige Friedensmissionen wünschten, zu Wertegemeinschaften zu werden. Oft scheinen Intermediäre das eine zu sagen, jedoch das andere zu tun. Durch ihre komplexe Position im Spiel zwischen äußeren Akteuren und innerem Herrschaftsbereich sind Intermediäre unberechenbar, denn die Vorstellungen und Ziele der Akteure können nur in einer theoretischen Idealvorstellung kongruent sein. In der empirischen Realität scheinen sie sich oft kaum zu berühren. Regelmäßig scheinen Intermediäre sich nur für ihre eigenen Interessen zu interessieren, indem sie etwa Machtressourcen, die sie von äußeren Kräften zur Verfügung gestellt bekommen, zur Anwendung in internen Machtkämpfen veruntreuen. So verwandeln sie die Abhängigkeit von äußeren Mächten in einen Vorteil in internen Konflikten.¹³

Zum Unbehagen ihrer internationalen Partner folgte auch die kongolesische nationale Armee diesem Muster. Das Problem der Interventionsakteure war dabei nicht, dass die Armee die zur Verfügung gestellten Machtressourcen in lokalen Konflikten nutzte. Vielmehr war das Problem, wie, wozu, mit und gegen wen diese Mittel angewendet wurden: unter Missachtung geltender nationaler Gesetze und internationaler Normen; gegen Zivilisten und konkurrierende staatliche Institutionen (die ebenfalls Intermediäre des internationalen Friedensprojekts waren); in Kollusion mit Rebellengruppen, den vermeintlichen „negativen Kräften“; und mit dem Ziel, sich lokale politische und ökonomische Mittel anzueignen, anstatt sich auf die Etablierung eines Gewaltmonopols als Voraussetzung eines liberalen Friedens zu konzentrieren.

Im Folgenden werden zunächst die wesentlichen Probleme beschrieben, die durch die Aktivitäten der FARDC entstanden. Internationale Akteure, dies zeigt der zweite Abschnitt, entwickelten verschiedene Interpretationen dazu, warum sich die Partnerorganisation so kontraproduktiv gegenüber dem liberalen Projekt verhielt. Plausible Erklärungen führten jedoch nicht zu Problemlösungen. Wie der dritte Teil zeigt, stellte sich heraus, dass die Interventionsakteure keine tragfähige Idee hatten, wie sie das Paradox intermediärer Herrschaft überwinden könnten.

1. „Unhappy Marriage“: Gespannte Beziehungen zwischen Friedensmission und nationaler Armee

Die Kriege in der Demokratischen Republik Kongo wurden seit 1996 von mehreren staatlichen Armee afrikanischer Staaten, einer großen Anzahl nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen sowie den kongolesischen nationalen Streitkräften geführt. Seit 1999 wurde in verschiedenen Friedensabkommen der Rückzug ausländischer Armeen und die Bildung einer Übergangsregierung vereinbart. Bis 2003 hatten sich alle ausländischen regulären Truppen zurückgezogen, und die größeren kongolesischen bewaffneten Akteure

13 J.-F. Bayart, *Africa in the World. A History of Extraversio*, in: *African Affairs*, 99 (2000) 395, S. 217-67.

waren in eine Übergangsregierung eingetreten. Trotz dieser Transformation des Konflikts auf nationaler Ebene setzten sich lokale bewaffnete Konflikte insbesondere entlang der östlichen Grenze des Landes fort. Im Distrikt Ituri, sowie in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu, wurden Dispute um politische Repräsentation und materielle Ressourcen weiterhin gewaltsam geführt. Auch Rebellengruppen aus den Nachbarländern Uganda und Ruanda, die den Kongo als Rückzugsgebiet nutzten, waren dort weiterhin aktiv.¹⁴ In den Friedensabkommen waren diese nicht-staatlichen Gruppen zu „negativen Kräften“ erklärt worden, die aufzulösen seien. Kongolesische bewaffnete Gruppen, so die Idee, sollten ihre Kämpfer entweder ins Zivilleben oder in die reformierte nationale Armee integrieren. Ausländische bewaffnete Gruppen sollten sich auflösen und den Kongo verlassen. Der FARDC kam die Aufgabe zu, zugleich das staatliche Gewaltmonopol gegenüber „negativen Kräften“ durchzusetzen, zehntausende Ex-Rebellen in ihre Reihen aufzunehmen, und sich in innerorganisatorisch reformieren.¹⁵ Dieses anspruchsvolle Programm sollte in einer Region umgesetzt werden, in der die politischen Beziehungen durch ein Jahrzehnt von Krieg und Genozid nachhaltig zerrüttet und von Gewalt geprägt waren.

Der Distrikt Ituri, in dem relativ kleine Miliz- und Rebellenformationen konkurrierten, diente als Labor zur Umsetzung dieser Pläne. Die UN-Friedensmission MONUC unterstützte die FARDC darin, vor allem die ländlichen Regionen des Distrikts zu „pazifizieren“, während die eigenen etwa 5000 Soldaten der Friedensmission in den städtischen Zentren konzentriert waren.¹⁶

Zunächst schien die MONUC-FARDC-Allianz ein Erfolg. Die erste FARDC-Einheit traf im August 2004 in Ituri ein. Die „Premier Brigade Intégrée“ war vom belgischen Militär trainiert und ausgerüstet worden. Die Soldaten erarbeiteten sich schnell einen ausgezeichneten Ruf. Schon allein durch die neuen Uniformen unterschieden sie sich positiv nicht nur von den Milizionären, die große Teile des Distrikts kontrollierten, sondern vor allem auch von den Soldaten der vorhergehenden nationalen Armeen des Kongos. Auch das Einsatzverhalten galt als professionell. Nachdem MONUC mehrere Milizlager durch Drohungen und Gewalt um den Jahreswechsel 2004/2005 auflösen konnte, sicherten die Soldaten der ersten FARDC-Brigade die „befreiten“ Siedlungen.¹⁷ Wie die Soldaten selbst stolz anmerkten, waren sie speziell für das „Peacekeeping“ trainiert worden, standen also den internationalen Blauhelmen in diesem Punkt in nichts nach. Sowohl MONUC-Mitarbeiter als auch Stimmen aus Ituris Bevölkerung sahen in ihnen professionelle und legitime Sicherheitskräfte.¹⁸

14 Für einen Überblick über die Kongo-Kriege, siehe T. Turner, *The Congo Wars. Conflict, Myth and Reality*, London 2007.

15 Zur Armeereform, siehe auch H. Boshoff, *Update on the Status of Army Integration in the DRC*, Pretoria 2005; S. Melmot, *Candide au Congo. L'Échec annoncé de la réforme du secteur de sécurité (RSS)*, Paris 2008.

16 A. Veit, *Figuration of Uncertainty: Armed Groups and „Humanitarian“ Military Intervention in Ituri (DR Congo)*, in: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 2 (2008) 3, S. 291-307.

17 Interview mit FARDC Sprecher, Bunia (1.11.2005).

18 Interviews mit MONUC Angehörigen, Bunia (07.10.2005 & 25.10.2005); Lendu customary chief, Bunia (7.4.2006); lokaler Angestellter einer internationalen Nichtregierungsorganisation (ING), Bunia (5.10.2005).

Im Laufe des Jahres 2005 verdüsterten sich die Meinungen über die FARDC allerdings. Die nationale Sicherheitssektor-Reform ging nicht voran, es wurden kaum weitere Einheiten ausgebildet und ausgerüstet. Die Brigaden, die nun nach und nach in Ituri stationiert wurden, waren daher nicht auf ihre Aufgaben vorbereitet oder dafür ausgerüstet. Einige Einheiten waren von Cholera und anderen hochansteckenden Krankheiten geplagt.¹⁹ Trotzdem unternahmen MONUC und FARDC bereits ab Juni erste militärische Offensiven, so genannte „Joint Military Operations“, gegen Rebellengruppen. Eine dieser Operationen hatte die „Pazifizierung“ der Goldabbau-Region rund um das Städtchen Mongbwalu zum Ziel. MONUC hatte dort eigentlich bereits seit einem halben Jahr eine Einheit stationiert. Doch die lokale Fraktion der Rebellengruppe FNI²⁰ hatte sich, anstatt das von MONUC dafür vorgesehene Programm der „Demobilisation and Community-Reintegration“ zu absolvieren, kurzerhand selbst für demobilisiert erklärt. Vor Ankunft der FARDC in Mongbwalu trugen die Rebellenkämpfer ihre Waffen zwar nicht mehr offen zur Schau, aber kassierten weiterhin Abgaben und Steuern von Goldgräbern und -händlern. Solange die Rebellen über Waffen verfügten, setzte sich ihre Schattenherrschaft trotz der MONUC-Truppen fort. Die isolierten pakistanischen UN-Soldaten, die keine lokale Sprache beherrschten, sahen sich selbst als machtlos gegenüber dieser verdeckten Herrschaftsform. Nur ein größeres Kontingent an einheimischen Soldaten könnte die Rebellenmacht brechen. MONUC-Experten gingen daher davon aus, dass die Rebellen den Einmarsch regulärer kongolesischer Truppen nicht einfach hinnehmen würden.²¹

Doch zu ihrer Überraschung fiel Mongbwalu ohne Auseinandersetzungen an die FARDC. Im Gegenteil, die beiden lokalen FNI-Anführer pflegten ganz offensichtlich sehr gute Beziehungen mit der Armeespitze, die sich öffentlich mit den Rebellen zeigte. Der freundschaftliche Austausch führte zu erheblichem Unmut bei MONUC-Offiziellen, da gegen beide Rebellenchefs ein Haftbefehl vorlag. Sie wurden verdächtigt, für die Ermordung zweier UN-Militärbeobachter zwei Jahre zuvor verantwortlich zu sein. Hinzu kam, dass ein anderer Milizenführer, der ein Massaker an neun Blauhelmsoldaten ebenfalls zwei Jahre zuvor veranlasst haben sollte, erst kürzlich im Generalsrang in die staatliche Armee aufgenommen worden war.²² Zwar hatte MONUC selbst keine klare Strategie zum Umgang mit nicht-demobilisierten Milizen. Doch viele Mitarbeiter wünschten sich eine härtere Gangart, insbesondere gegenüber den vermutlich Verantwortlichen für Tötungsdelikte an UN-Personal. FARDC-Offiziere hingegen sprachen davon, die Milizenführer zunächst mit allerlei Angeboten aus ihren Hochburgen zu locken. Erst wenn sie ohne

19 Interview mit MONUC Angehörigen, Bunia (25.10.2005).

20 Front des Nationalistes et Intégrationnistes

21 Interviews mit prominenten Bürgerinnen, Mongbwalu (14.11.2005); Jean Pierre Bikilisende, Chef de la Cité, Mongbwalu (15.11.2005); lokaler Händler, Mongbwalu 816.11.2005).

22 Interviews und persönliche Kommunikation mit MONUC und UN Angehörigen, Bunia (7.10.2005 ; 14.10.2005 ; 25.10.2005 ; 7.11.2005); Sofia Bouderbala, AFP Korrespondentin, Bunia 811.11.2005; lokaler MONUC Angestellter, Mongbwalu (18.10.2005); Olivier Mputu, FARDC Sprecher (1.11.2005) 2005; persönliche Beobachtung bei OCHA security briefing, Bunia (11.10.2005).

den Schutz ihrer Kämpfer wären, würden sie zur Rechenschaft gezogen werden. Trotz dieser Erklärungen blieben MONUC-Mitarbeiter skeptisch: Hatten die Rebellen- und Armeeführung sich vielleicht heimlich geeinigt, die Einnahmen aus dem Goldabbau in Mongbwalu künftig zu teilen?²³

Trotz dieser Zweifel forcierte MONUC weitere 'joint military operations'. MONUC-Hubschrauber wurden bei diesen Offensiven zur Aufklärung und als Luftwaffe eingesetzt, die gepanzerten Fahrzeuge der Blauhelme dienten als Artillerie. MONUC-Lastwagen transportierten die kongolesischen Soldaten, mitsamt MONUC-Essensrationen, an die wechselnden Fronten. Die kongolesischen Soldaten bildeten die Infanterie. Diese funktionale Arbeitsteilung erlaubte es, die Blauhelmsoldaten in weitgehend sicherem Abstand zu Rebellen einzusetzen. Die FARDC hingegen erhielt durch die logistische und militärische Unterstützung von MONUC einen strategischen Vorteil gegenüber den lokalen Rebellengruppen.²⁴

Doch die gewaltsame Pazifizierung blieb eine schwierige Aufgabe. Anfang 2006 endete eine gemeinsame Militäroperation im Süden des Distrikts in einem chaotischen Rückzug. Als Speerspitze dieser Offensive wurde eigens eine frisch ausgebildete *Commando*-Spezialeinheit eingeflogen. Die ersten Tage der Offensive verliefen nach Plan, und die FARDC-Einheiten machten große Geländegewinne. Doch am vierten Tag stießen die Spezialkräfte auf starke Gegenwehr, gerade als ihre Munition zu Neige zu gehen begann und versprochener Nachschub nicht eintraf. Ihrer eigenen Beschreibung zufolge waren zudem FARDC-Einheiten, die ihre Flanken schützen sollten, plötzlich verschwunden. In Milizlager, die sie überrannten, fanden die Spezialeinheiten FARDC-Uniformen und Armee-Munition. An diesem Punkt, so die *Commando*-Soldaten später, zogen sie sich entgegen ihren Befehlen zurück.²⁵

Einige Wochen später wurden die Offiziere der *Commandos* vor einem Militärgericht wegen Aufstachelung zur Befehlsverweigerung und Feigheit vor dem Feind angeklagt. Der Vorfall war so gravierend, dass hunderte Zuhörer dem Prozess folgten. Die meisten von ihnen waren jedoch überzeugt, dass der FARDC-Oberbefehlshaber in Ituri, General Ngye, und nicht die *Commandos*, auf der Anklagebank sitzen sollte. Denn der General, so kursierende Gerüchte, hatte den Angriff auf die Rebellen selbst sabotiert, indem er ihnen Waffen und Uniformen zukommen ließ. Die Einheiten, die den Vormarsch der Spezialkräfte absichern sollten, wurden absichtlich abgezogen, um die *Commandos* zu opfern. Das geheime Motiv des Generals war die Verlängerung des bewaffneten Konflikts. Denn er stammte ursprünglich aus der Rebellenformation RCD-G, die nun Teil der

23 Interviews mit MONUC Angehörigen, Bunia (07.10.2005; 25.10.2005), Kinshasa (09.12.2005; 1.6.2006); Olivier Mputu, FARDC Sprecher, Bunia (2.11.2005).

24 Interviews mit MONUC Angehörigem, Bunia (7.10.2005); MONUC Militäroffizier, Bunia (18.11.2005 & 22.11.2005).

25 Auch wenn die genaue Entwicklung der Ereignisse aufgrund widersprüchlicher Angaben und Informationen schwer zu bestimmen ist, erscheint diese Version plausibel (persönliche Beobachtungen am Militärgericht Bunia, 4.04.2006 & 5.4.2006; Interviews mit Col. Kalenga und Cap. Ngoy, FARDC commando, Bunia Gefängnis, 6.4.2006; MONUC Militäroffizier, Bunia, 7.4.2006).

Übergangsregierung war. Da die RCD-G ohne Zweifel die bevorstehenden nationalen Wahlen verlieren würde, hatte Ngaye Angst um seinen Offiziersrang. Wichtiger noch war, dass das Nachbarland Ruanda, wichtigste Stütze der RCD-G, aus verschiedenen Gründen an weiterem gewaltsamen Chaos im Ostkongo interessiert war. Der General hatte also ein persönliches und ein politisches Interesse an der Fortdauer des Kriegs.²⁶ Während solche Gerüchte in Ituri ständig Konjunktur hatten, begann in diesem Fall das Personal von MONUC in ganz ähnlichen Bahnen zu denken. Blauhelm-Offiziere und zivile Mitarbeiter bestätigten, dass Rebellen in FARDC-Uniformen gesehen wurden und die Spezialeinheiten von der Armeeführung in eine unhaltbar gefährliche Situation gebracht worden waren.²⁷ Der zivile Chef von MONUC in Ituri vermutete, dass die FARDC Waffen, Munition und Uniformen an die Rebellengruppe verkaufe. MONUC, so der UN-Beamte, könne dafür keine harten Beweise vorlegen. Aber die Gerüchte, dass die FARDC-Führung entweder unfähig war, ihren Soldaten zu disziplinieren, oder aber selbst involviert wäre, seien glaubhaft.²⁸

Geheime Beziehungen mit Rebellengruppen waren nicht der einzige problematische Aspekt in der zunehmend angespannten Allianz. Menschenrechtsverletzungen durch Soldaten verursachten vermutlich einen immensen lokalen Legitimitätsverlust des internationalen Interventionsprojekts. Täglich berichteten UN-Organisationen sowie nationale und internationale NGOs von Morden, Vergewaltigungen, Entführungen, Erpressung, Folter, Zwangsarbeit und Plünderungen. Ein Monuc-Offizieller fasste verbittert zusammen: „The FARDC is the government's militia, worse than some of these other militia.“²⁹ Nicht zuletzt durch diesen Reputationsverlust von FARDC und MONUC gelang es den Rebellenmilizen 2006, große Gebiete zurückzuerobern. Die Rebellen profitierten von der Unterstützung aus Teilen der Bevölkerung, die sich Schutz vor den Übergriffen der Armee versprochen. Vor allem jedoch gelang es ihnen, junger Männer zu (re-)mobilisieren. FARDC-Soldaten misstrauten dieser gesellschaftlichen Gruppe besonders. Tödliche Gewalt an Straßensperren, willkürliche verhängte „Untersuchungshaft“, Raub und Erpressung waren an der Tagesordnung, so dass junge Männer insbesondere in ländlichen Gebieten Schutz bei Rebellen suchten.³⁰ Diese Entwicklung verstärkte sich noch durch die Erfolge der Rebellen und zunehmenden Hinweisen, dass zuvor demobilisierte Rebellenkämpfer wieder „in den Busch“ zurückkehrten. FARDC-Soldaten ver-

26 Persönliche Kommunikation, Bunia (3.4.2006). Der Prozess endete mit einem Todesurteil sowie einigen weiteren langen Haftstrafen für die Offiziere, die jedoch in Berufung gingen.

27 Interview, MONUC Militäroffizier, Bunia (7.4.2006); MONUC Sprecher Muhammad Wahad, Bunia (6.4.2006).

28 Interview mit Sharou Sharif, Bunia (5.6.2006).

29 Interview, Mahagi (27.11.2005).

30 Interviews mit Angehörigen der Union des Patriotes Congolais (UPC) Partei/Miliz, Bunia (10.10.2005); ehemalige FNI Angehörige (15.10.2005 & 19.4.2006); MONUC Angehöriger, Bunia (25.10.2005); lokaler Angestellter einer IGO, Kibu/Kilo (8.6.2006); persönliche Beobachtung bei OCHA security briefing (14.10.2005; 9.11.2005 & 1.12.2005); Treffen Ex-Kombattantenvereinigung ASAPI, Bunia (11.4.2006); Präsentation Gen. Vainqueur Mayala, FARDC, Bunia (6.6.2006).

muteten bald in jedem jungen Zivilisten einen Rebellen, und handelten entsprechend aggressiv.³¹

Zwischen MONUC und FARDC existierte keine einheitliche Perspektive auf die geteilten Pflichten, Ziele und Rechte. Die Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Disziplinlosigkeit, der Aufbau von *Rackets* rund um Bodenschatzvorkommen sowie die vermutete Kollusion mit Rebellengruppen führten vor allem die UN-Mission in eine verzwickte Lage. Trotzdem lösten die internationale und die nationale Gewaltorganisation ihre angespannte Partnerschaft nicht auf, da sie aufeinander angewiesen waren. Während MONUC ohne Beteiligung der FARDC keinen liberalen Frieden etablieren konnte, war die FARDC ohne die Unterstützung von MONUC gegenüber den Rebellengruppen militärisch unterlegen. Der zivile Kopf der UN-Mission in Ituri fasste dieses Zwickmühle zusammen: „MONUC and FARDC are bound to one another in an unhappy marriage of necessity. They need us – and we need them.“³²

2. Erklärungsversuche: Hungrig, psychopathisch und rebellisch

MONUC-Offizielle und internationale Diplomaten zeigten sich zunehmend beunruhigt. Verschiedene Erklärungsmuster über das Verhalten der Partner in der kongolesischen Armee, die Zivilisten drangsalierte und mit Rebellen zusammen arbeitete, wurden herangezogen.

Die am häufigsten genannte Erklärung, die auch von FARDC-Soldaten und einigen befragten kongolesischen Zivilisten genannt wurde, stellte eine Kausalkette zwischen der schlechten Bezahlung und Versorgung der Soldaten und ihren kriminellen Handlungen her. Das Argument der ökonomischen Deprivation betonte den Kontext der Normverletzungen. Das Hauptquartier der FARDC, so diese Erzählung, schickte oftmals weder Sold noch Haushaltsmittel an die einzelnen Einheiten, so dass die Soldaten keine andere Möglichkeit hatten, als sich Nahrung und Waren des täglichen Bedarfs anderweitig zu beschaffen. Einige Beobachter verdächtigten die nationale Übergangsregierung und hohe Offiziere der Veruntreuung der ohnehin mageren Bezüge der einfachen Soldaten. Dieses Argument der ökonomischen Deprivation erklärte kriminelle Aktivitäten wie Plünderung, Erpressung und die maföse Kontrolle von Handelsrouten. Es machte die militärische Organisation verantwortlich, die als dysfunktional dargestellt wurde.³³

Wie jedoch die häufigen Tötungen und Morde, Folter und vor allem die um sich greifende sexuelle Gewalt, die von FARDC-Soldaten ausging, erklären? Diese Verbrechen versprachen keinen unmittelbar materiellen Gewinn, daher überzeugte das Argument der

31 Interviews mit Mitglied einer lokalen Entwicklungs NGO, Mahagi (11.5.2006); ASAPI Präsident Mandro Shadrak, Bunia (3.5.2006); Cap. Eric Mankesi, FARDC, Bunia (28.4.2006); Ex-Mitglied der FNI, Bunia (27.4.2006); Modibu Traoré, OCHA, Bunia (30.3.2006); persönliche Beobachtung bei OCHA security briefings (31.3.2006, 14.4.2006 & 19.4.2006), Bunia.

32 Interview, Bunia (5.5.2006).

33 Interviews mit MONUC Angehörigen, Kinshasa (12.12.2005 & 25.5.2006, Mahagi; 26.11.2005, Bunia; 18.4.2006 & 19.4.2006); MONUC Militäroffiziere, Mongbwalu (15.11.2005), Bunia (30.3.2006); belgischer Diplomat, Kinshasa 815.12.2005); Mitglied der EU Kommission, Kinshasa (15.12.2005).2005.

ökonomischen Deprivation in diesen Fällen nicht. Eine zweite Annahme, oft zusammen mit dem Deprivationsargument angeführt, führte die Miliz- und Rebellenvergangenheit vieler Soldaten hierfür als Ursache an. Das Argument der Rebellenpathologie betrachtete Ex-Milizionäre als psychisch krank, da unfähig zu normalem sozialen Verhalten.³⁴ Ein französischer Diplomat etwa definierte Soldaten als Bürger mit Respekt für fundamentale gesellschaftliche Normen. Milizionäre jedoch machten ihre Erfahrungen im „Busch“, wo keine gesellschaftlicher „Respekt“ erlernt werden konnte. Diese Rebellen waren nun zu Soldaten erklärt worden, hatten jedoch noch immer ein dasselbe Gewehr zur Verfügung. Wie sollten sie Respekt erlernen, der so fundamental ist für eine Armee im Dienst einer demokratischen Republik? Dieses zweite Argument situierete das Problem also in der konflikthaften Gesellschaft, deren Gewaltexperten für ihre Aufgaben und Pflichten mental unzulänglich ausgerüstet waren.³⁵

Das dritte Argument fokussierte auf die nationale Übergangsregierung, und war ähnlich strukturiert wie der Kollusionsverdacht gegen die FARDC-Führung im Ituri-Distrikt. Viele Beobachter aus dem diplomatischen Korps in Kinshasa verdächtigten einzelne Fraktionen in der Übergangsregierung, die ja aus früheren Kriegsgegnern bestand, die Sicherheitssektor-Reform zu sabotieren. Diese Minister und Vizepräsidenten predigten öffentlich die Einheit der Armee, und unternahmen heimlich alles, um diese zu verhindern. Ihr Interesse, so wurde angenommen, war die Verhinderung ihres Machtverlusts durch die Integration ihrer „Privatarmeen“ in die Armee. Daher versuchten sie, innerhalb der Armee heimliche parallele Befehlketten aufrecht zu erhalten. Es wurde mithin unterstellt, dass Regierungsmitglieder aus früheren Rebellengruppen weiterhin eine Rebellenagenda verfolgten. Dieses letzte Argument besagte also, dass die Regierung zumindest zum Teil aus Rebellen bestand, die die Ziele des internationalen Interventionsprojekts nicht teilten.³⁶

Die Argumente der ökonomischen Deprivation, der Rebellenpathologie, und der Rebellenregierung wurden als komplementär verstanden. Die neue kongolesische Armee war zu einem komplexen Problem geworden, dass MONUC und die unterstützenden Staaten nicht ignorieren konnten. Doch welche Lösungen ergaben sich aus diesen Problemerkklärungen? Wie konnte die FARDC in eine staatliche Institution verwandelt werden, die den Vorstellungen der Interventionisten entsprach?

3. Lösungsversuche: Sanfter Zwang, moralischer Appell

Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden scheint eine fast natürliche Idee für eine „humanitäre“ Interventionsmission. Immerhin hatte der UN-Sicherheitsrat MONUC in seinem Mandat unter anderem damit beauftragt, die zivile Bevölkerung vor Men-

34 Interviews mit MONUC Militäroffizieren, Bunia (8.11.2005), Mongbwalu (15.11.2005); MONUC Angehörigen, Mahagi (27.11.2005), Bunia (18.4.2006).

35 Interview, Kinshasa (14.12.2005).

36 Interviews mit Angehörigem der EU Kommission, Kinshasa (15.12.2005); MONUC Angehörigen, Bunia (7.10.2005, 25.10.2005, 18.04.2006 & 25.5.2006).

schenrechtsverletzern zu schützen. Aber galt dies auch für die neue Armee? Die FARDC war nicht nur die Armee eines nominell souveränen Staats. MONUC hatte auch ein Mandat, die staatlichen Institutionen zu unterstützen, nicht jedoch, sie zu sanktionieren. Diese beiden Aufgaben, der Schutz von Zivilisten und die Unterstützung der Armee, erschienen nun widersprüchlich. Die beiden Interventionsziele des Aufbaus staatlicher Institutionen und des Menschenrechtsschutzes wurden, durch die unterschiedlichen Interessen der internationalen Interventionisten und ihrer lokalen Partnerinstitution, zu konträren Anliegen. Wie sich zeigen sollte, konnten die internationalen Akteure jedoch nur sehr wenig unternehmen, um ihre Vorstellung einer liberalen Gouvernamentalität durchzusetzen. Denn sie waren abhängig von der Armee als einer intermediären Organisation, die ihre Vorstellung von Ordnung durchsetzen sollte.

Während dem Höhepunkt der Krise 2006 bestätigte das zivile MONUC-Führungsteam in Ituri, dass die Blauhelme von nun an FARDC-Soldaten „on the spot“ verhaften würden, wenn sie direkt bei kriminellen Vergehen beobachtet würden. „Enough is enough“, argumentierten die UN-Beamten. Verhaftungen würden „an end to impunity“ signalisieren.³⁷ Jedoch fanden nie solche Verhaftungen statt. Ob die neue Politik nicht in militärische Befehle umgesetzt wurde, ob schlicht nie wieder ein Blauhelm unmittelbar Zeuge eines FARDC-Verbrechens wurde, oder aber die Blauhelme das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung mit ihren Partnern scheuten, blieb unerklärt. Deutlich wurde jedoch, dass diese Idee in Ituri geboren worden war. Im nationalen MONUC-Hauptquartier in Kinshasa herrschte Erstaunen darüber. Diesen Beschluss gebe es nicht, insistierte ein Interviewpartner, und würde auch niemals gefällt werden. Solche Meinungsverschiedenheiten zwischen MONUC in Hauptstadt und Provinz mögen den unterschiedlichen Kontexten zugeschrieben werden. In der lokalen Arena war der politische Schaden der illegalen FARDC-Aktivitäten offensichtlich. In der mehrerer tausend Kilometer entfernten kongolesischen Hauptstadt dominierte hingegen die Konzentration auf gute Arbeitsbeziehungen mit der Übergangsregierung.³⁸

Anstatt physische Zwangsmittel zu ergreifen, begrenzte MONUC die eigenen Maßnahmen auf rhetorische Mittel. Die Menschenrechtsabteilung der Friedensmission, die bis dahin auf Rebellengruppen fokussiert hatte, begann Ende 2005 der Regierungsarmee öffentlich Vorwürfe zu machen. 2006 berichtete diese Abteilung zum ersten Mal, dass Mitglieder der „Congolesische Armee (FARDC) were responsible for the majority of human rights violations under investigation by MONUC.“³⁹ Diese rhetorische Sanktion fruchtete insofern, dass Offiziere der Armee nun unter Erklärungsdruck gegenüber westlichen

37 Interviews mit MONUC Angehörigen, Bunia (18.4.2006); Sharou Sharif, MONUC Head of Office, Bunia (5.5.2006); MONUC Militäroffizier, Bunia (14.4.2006).

38 Interview mit MONUC Angehörigem, Kinshasa (25.5.2006). Zum Begriff der Interventionsarenen, siehe A. Veit/K. Schlichte, *Three Arenas: The Conflictive Logic of External Statebuilding*, in: B. Bliesemann de Guevara (Hrsg.), *Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention*, London (2012), S. 167-181.

39 MONUC (2006) *The Human Rights Situation in the Democratic Republic of Congo (DRC) during the Period of April to December 2005*, 10 May. Online. Available HTTP: <<http://monusco.unmissions.org/LinkClick.aspx?fileticket=Uhl4F9x32h%3d&tabid=4135&mid=3999>> (accessed 17 May 2011).

Akteuren standen. In der Regel gaben sie zu, dass Missbräuche vorkamen, aber insistierten zugleich, dass nur ein kleiner Teil der Vorwürfe bewiesen sei. Sie seien bereit zu weiteren Reformen, dazu wären jedoch weitere Hilfen durch die internationalen Geber und MONUC notwendig. Über diesen Diskurs hinaus schien der „Name-and-shame“-Ansatz keine Folgen zu zeitigen. Hinsichtlich ihrer internen Organisation oder in den Beziehungen zu anderen kongolesischen Akteuren, etwa aus der Zivilbevölkerung, hatten die Vorwürfe von MONUC keine unmittelbare Bedeutung.⁴⁰

Vielversprechender erschien es, durch einen neuen Versuch der Reform direkt in die Organisation der Armee einzugreifen. So wurde der Ausbau der Militärjustiz von MONUC und dem „EUSEC RD Congo“-Programm der Europäischen Union unterstützt. Damit sollte die Armee in die Lage versetzt werden, Verstöße gegen geltendes Recht aus ihren Reihen selbst zu ahnden. Anders als in anderen Regionen schien die Militärjustiz der FARDC in Ituri die materiellen Zuwendungen und die Ermittlungsinformationen von internationaler Seite auch in der vorgesehenen Weise zu nutzen.⁴¹ Doch blieb diese Arbeit ein Tropfen auf den heißen Stein, denn die mehreren Dutzend in den folgenden Jahren verurteilten Soldaten waren nur für einen Bruchteil der faktischen Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Das zentrale Problem war die prekäre Situation des Militärstaatsanwalts innerhalb der Armee. Wie er beklagte, gab es unter den FARDC-Offizieren „eine Tendenz“, seine Anordnungen zu ignorieren, und es gab keine Möglichkeit, sie gegen deren Willen durchzusetzen. Als abschreckender Faktor war der Einfluss der Militärjustiz sehr begrenzt.⁴² Ein weiterer Versuch der Organisationsreform war die Schaffung einer autonomen Finanzverwaltung innerhalb der FARDC, die ebenfalls von EUSEC unterstützt wurde. Dadurch sollte die Macht der Kommandeure beschnitten werden, die verdächtigt wurden, den Sold ihrer Soldaten zu veruntreuen. EUSEC führte einen Armeezensus durch, bildete Buchhalter aus, und stationierte in einigen Regionen europäische Berater. Gegen den Antagonismus der betroffenen Offiziere konnte diese Reform der Finanzadministration jedoch nicht durchgesetzt werden, so dass die Soldzahlungen informell, aber offensichtlich, weiter von den Offizieren kontrolliert wurden.⁴³

Als weiteres Mittel konnte MONUC im Verteidigungsministerium die Auswechslung von FARDC-Offizieren verlangen. Der Kommandeur in Ituri, General Bob Ngaye, wurde in der Tat nach dem Aufstand der Spezialeinheit im April 2006 versetzt. Ngayes Nachfolger sprach von einem unerhört hohen Maß an Menschenrechtsverletzungen, dass er gegenüber internationalen Akteuren zu senken versprach.⁴⁴ Seiner Worte blieben aber folgenlos, wie sowohl UN-Statistiken als auch ein besonders gravierender Vorfall zeigte.

40 Interviews mit Cap. Olivier Mputu, FARDC Sprecher, Bunia (1.11.2005); Sharou Sharif, MONUC Civil Head of Office, Bunia (5.5.2006); Präsentation von Gen. Vainqueur Mayala, FARDC, Bunia (6.6.2006).

41 Interview mit Menschenrechtsaktivist, Bunia (3.8.2008).

42 Interview mit John Penza, Bunia (12.8.2008).

43 Interviews mit Angehörigen der EU Kommission, Kinshasa (13.12.2005 & 15.12.2005); Belgischer Diplomat, Kinshasa (15.12.2005); EUSEC Militäroffizier, Rwampara 811.4.2006; MONUC Angehöriger, Bunia (18.4.2006); Cap. Eric Mankesi, FARDC, Bunia (28.4.2006); Melmot, Canadie (Anm 15), S. 11-12.

44 Präsentation von Gen. Vainqueur Mayala, FARDC, Bunia (6.6.2006).

Einige Monate nach der Stationierung des neuen Generals wurde ein Massengrab mit den Leichen von etwa 30 Zivilisten entdeckt. Ausgerechnet die vermeintlich vorbildliche „Premier Brigade Intégrée“ hatte die die Dorfbewohner entführt und zur Zwangsarbeit in Goldminen gezwungen. Die Soldaten töteten die Zivilisten anschließend, um dies zu verschleiern.⁴⁵

Die nachhaltigste Lösung für die Probleme mit der Armee, aber auch viele andere Schwierigkeiten bei der Schaffung eines liberalen Friedens, sollten nach Ansicht von MONUC und der internationalen Gebergemeinschaft schließlich durch allgemeine Wahlen gelöst werden. Wahlen, so die Hoffnung, würden zu einer einheitlicheren und legitimen Regierung führen, die ein ureigenes Interesse an einer geeinten und disziplinierten Armee haben würde. Nach mehreren Verspätungen war es im Juli 2006 soweit. Das Lager um Präsident Kabila erlangte eine große Mehrheit, während einige ehemalige Rebellengruppen wie die RCD-G in der politischen Versenkung verschwanden. Die Hoffnung, dass eine demokratisch gewählte Regierung undisziplinierte Armeeeinheiten sanktionieren würde, wurde jedoch enttäuscht. Die Vorwürfe von Kollusion mit Rebellen, Menschenrechtsverletzungen und illegaler Rohstoffhandel nahmen nicht ab. Noch 2010 stellte ein Expertenbericht der Vereinten Nationen fest, dass große Teile der Armee Unsicherheit und Gewalt verbreiteten, anstatt sie zu verhindern. Die FARDC sei nicht nur unfähig, nicht-staatliche bewaffnete Gruppen militärisch unter Kontrolle zu bekommen. Die Regierungssoldaten waren weiterhin diejenige Gewaltorganisation, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen im Land verantwortlich war.⁴⁶ Nach all diesen Rückschlägen machten sich internationale Offizielle keine Illusionen mehr über ihre Möglichkeiten, sondern lehnten die Verantwortung ab. „Mentalities have to be changed, but this is not the duty of a peacekeeping mission“, erklärte ein MONUC-Mitarbeiter.⁴⁷ Ein Kollege beschrieb die Probleme als „an issue too big for MONUC“.⁴⁸ Trotzdem wurde die Partnerschaft zwischen MONUC und FARDC fortgesetzt, eine Beendigung der Zusammenarbeit nicht diskutiert. Weder das Leid in der Bevölkerung, noch die Gefährdung von Blauhelmen, nicht einmal die hohe Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der Interventionsmission, änderte daran etwas. MONUC-Mitarbeiter beschrieben die Stationierung von unbezahlten Soldaten, die sie als teils psychisch krank und von unverantwortlichen und korrupten Rebellenpolitikern gelenkt einschätzten, in einer Region voller Waffen, Gold und genozidaler Diskurse, als alternativlos.

45 BBC (2007) 'DRC Troops Jailed for War Crimes', 20 February. Online. Available HTTP: <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6380095.stm>>; Interviews mit INGO Angehörigen, Bunia (5.8.2008); Menschenrechtsaktivist, Bunia (8.8.2006).

46 United Nations, Letter dated 15 November 2010 from the Chair of the Security Council Committee established pursuant to resolution 1533 (2004) concerning the Democratic Republic of the Congo addressed to the President of the Security Council, S/2010/596, New York, S. 3, 13.

47 Interview, Kinshasa (12.12.2005).

48 Interview, Bunia (18.4.2006).

5. Schluss

Liberalen internationalen Interventionsakteure hatten eine klare Vorstellung, wie die reformierte Armee des Kongo innerlich verfasst sein sollte. Es komme nicht nur darauf an, die Grenzen des Landes zu verteidigen und das innere Gewaltmonopol zu wahren. Vielmehr müsse die Armee auch mit einem „republikanischen“⁴⁹ Ehrenkodex und Bescheidenheit gegenüber dem kongolesischen Staat und der Gesellschaft ausgestattet werden. Die kongolesische Armee, so zeigte dieser Beitrag, erfüllte diese Vorstellungen jedoch nicht. Vielmehr zeigten sich in besonders ausgeprägter Weise die paradoxen Beziehungen zwischen internationalen Akteuren und nationalen Herrschaftsinstitutionen, wie sie bei gegenwärtigen liberalen *Peacebuilding*-Projekten häufig zu beobachten sind. Die nationalen Institutionen erscheinen hier zugleich als Gegner und Partner des liberalen Friedens. Es geht nicht ohne sie, aber auch nicht ohne sie.

Als Trägergruppe einer liberalen Gouvernamentalität erschien es internationalen Interventionsakteuren schlüssig, durch das Setzen von Anreizen und Zwängen eine liberale Subjektivierung, eine Angleichung der Gouvernamentalitäten zwischen Interventionsakteuren und nationaler Armee zu fördern und zu fordern. Daher wurden immer größere Ressourcen in die Sicherheitssektor-Reform investiert, mit sanftem Zwang in die Organisationsstruktur der Armee eingegriffen, und per moralischem Appell zur liberalen Menschenrechtsordnung gerufen. Vor Gewalt, etwa den Arrest von einzelnen Soldaten, schreckten die Interventionsakteure jedoch zurück. Stattdessen erhofften sie sich von demokratischen Wahlen eine Verbesserung der politischen Führungsstruktur, was sich als ebenso trügerische Hoffnung erwies.

Vielmehr stellte sich heraus, dass die Friedensmission zumindest genauso stark von der nationalen Armee abhing wie umgekehrt. Selbst plausibel erscheinende Erklärungen für das „Fehlverhalten“ der Armee (deren empirische Plausibilität hier weder untersucht, noch bestätigt oder bestritten wurde) ermöglichten keine tragfähigen Lösungen. Daher setzte sich letztlich ein vermeintlich pragmatischer Kurs durch: Die Armee wurde weiter bei der „Pazifizierung“ unterstützt, auch wenn dies zu einer illiberalen Gewaltordnung oder zur Fortsetzung der bewaffneten Konflikte mit Rebellen führen sollte. Liberale Interventionsgouvernamentalität konnte das Paradox intermediärer Herrschaft nicht überwinden.

49 Französischer Diplomat, Kinshasa (14.11.2005).